

Online-Petition des Vereins Wirtschaft für Integration fordert politische Partizipation für alle Bürger

„Auch Ausländer sollen wählen“

Von Bernd Vasari

■ Fischer: Petition als Impulsgeber für neue Sichtweisen bei Integrationsthema.

Wien. Die vor sich hinruckelnde österreichische Integrationspolitik soll nun einen neuen Impuls erhalten. Unter dem Motto „Chancengleichheit Jetzt: Für mutige Reformen in der Integrationspolitik“ startete der Verein Wirtschaft für Integration (VWFI) eine Online-Petition, um auf „Konzepte und Änderungsbedürfnisse, die seit Jahren auf dem Tisch liegen“, hinzuweisen, so Meri Disoski, Geschäftsführerin des Vereins.

Als Grundlage der Online-Petition dienen die Ergebnisse des vom VWFI veranstalteten Österreichischen Integrationstages 2013, an dem im April 400 Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Medien, NGOs und Zivilgesellschaft zusammentrafen und in Workshops diskutierten.

Der Auftakt der Petition fand vor kurzem bei Bundespräsident Heinz Fischer statt, wo ihm das Ergebnis des Integrationstages übergeben und die Petition vorgestellt wurde. Fischer ist erfreut über die „zukunftsorientierte“ Initiative. „Ich wünsche mir, dass sie als Impulsgeber für neue Sichtweisen und Modelle zum Thema Integration fungiert. Jeder Vorschlag zu einem friedlichen Miteinander ist willkommen.“

Die Ergebnisse wurden für die Petition in sechs Kernbotschaften verpackt:

In der ersten Kernbotschaft wird die Möglichkeit von „Politischer Partizipation für alle Bürgerinnen und Bürger“ gefordert. Jeder, der drei Jahre in Österreich wohnt, soll ein volles Wahlrecht erhalten, die Doppelstaatsbürgerschaft soll ermöglicht werden und Kinder von Ausländern, die in Österreich geboren wurden, sollen automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.

Im zweiten Punkt „Politik als Spiegel der Gesellschaft“ wird die unterdurchschnittliche Repräsentation von Migranten in der Politik angesprochen. Um den Anteil von

Personen mit Migrationsgeschichte zu steigern, sollen diese durch „Ermutigungsoffensiven“ motiviert werden, sich vermehrt in der Politik zu engagieren.

In der dritten Forderung „Chancengleichheit im Bildungssystem“ wird die derzeit frühe Differenzierung und Selektion von Schülern kritisiert. Umgesetzt werden sollen daher etwa der Ausbau des Ganztagesangebots, die Förderung und „Literarisierung“ von Erstsprachen, eine adaptierte Ausbildung, die alle Pädagogen auf soziale, kulturelle und sprachliche Heterogenität vorbereitet, und die Unterstützung der Pädagogen durch sozialpädagogisch und psychologisch geschultes Personal.

Anonymisierte Bewerbung und mehrsprachige Ämter

Die „Vereinfachung des Arbeitsmarktzuganges“ ist Thema des vierten Punktes. Ausbildungen und Abschlüsse, die im Ausland erworben wurden, sollen in einem vereinfachten und fairen Verfahren anerkannt werden. Weiters sollen anonymisierte Bewerbungsverfahren als Standard eingesetzt und die Bedingungen für den Erwerb der Rot-Weiß-Rot-Karte erleichtert werden.

„Ja! zu Diversität“ ist das Motto der fünften Forderung der Petition. Mehrsprachigkeit soll in öffentlichen Einrichtungen (Serviceangebot, Personal) verankert und Maßnahmen zur Sensibilisierung für und Bewusstseinsbildung über Diversität für Angestellte sollen im öffentlichen Sektor installiert werden.

Im letzten Punkt wird ein „Ja! zu Mehrsprachigkeit“ gefordert. Die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von Herkunftssprachen sowie die mehrsprachige Kommunikation in Unternehmen und Institutionen sollen unterstützt werden.

Bis 3. Juli kann die Petition unterzeichnet werden. Man erhofft



Bei Bundespräsident Heinz Fischer wurde die Petition vorgestellt. Weiters im Bild: Ali Rahimi, Georg Kraft-Kinz und Meri Disoski (v.l.n.r.). Foto: VWFI/Roland Rudolph

sich 10.000 Unterzeichner aus ganz Österreich, sagt Disoski. Sie ist sich bewusst, dass die sechs Punkte in der Gesellschaft anecken werden, etwa bei der Forderung nach Mehrsprachigkeit und der Doppelstaatsbürgerschaft. Kontroverse Diskussionen seien aber erwünscht – auch, um dem Thema neues Leben einzuhauchen. „Der Integrationstag hat einmal mehr gezeigt, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt“, so die VWFI-Obmänner Georg Kraft-Kinz und Ali Rahimi. „Über viele notwendige Maßnahmen herrscht bei Engagierten und Experten seit Jahren Konsens. Nun ist die Politik am Zug.“

Aus einer politischen Grundhaltung heraus werden Menschen die Forderungen aber wahrscheinlich nicht unterstützen, glaubt Disoski: „Das ist nicht grün, das ist nicht schwarz, das ist nicht rot und schon gar nicht blau.“

Die Unterstützer, die bereits unterschrieben haben, kommen aus

unterschiedlichsten Berufssparten. Wie unter anderem der stellvertretende Generaldirektor der Raiffeisenbank, der Geschäftsführer des Edel-Fitnessstudios John Harris, der Vorstand vom Flughafen Wien, die Geschäftsführerin der Initiative Minderheiten, sowie Politikwissenschaftler und Schriftsteller, sagt Disoski.

Blick nach vorne und nicht zurück

Es gehe um ein wichtiges Signal: Die breite Zivilgesellschaft soll zeigen, dass sie hinter den Forderungen steht. Der Blick soll dabei aber nicht in die Vergangenheit gerichtet werden: „Uns geht es nicht darum, was verabsäumt wurde, sondern: Wir wollen den Blick in die Zukunft richten, wo wir in einer Gesellschaft leben wollen, wo es selbstverständlich ist, dass man etwa in der Straßbahn Türkisch, Urdu, Bangla oder was auch immer sprechen kann, ohne dass mich jemand schief an-

schaute“, unterstreicht die Geschäftsführerin. Weiters soll es selbstverständlich sein, dass man in der Zukunft nicht die Staatsbürgerschaft seines Herkunftslandes aufgeben muss, wenn man in Österreich wählen möchte.

Neben der Online-Petition werden die Kernbotschaften auch direkt an Politiker überbracht werden. Besucht werden Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer (alle SPÖ) sowie Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (beide ÖVP). Meri Disoski: „Die Frage wird aber sein, wie stark der Umsetzungswille im Anbetracht der nahenden Nationalratswahlen ist.“ ■

Die Homepage der Online-Petition:
www.vwfi.at/onlinepetition.html

WIEN MUSEUM



EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN

SATTLERS KOSMORAMA. Eine Weltreise von Bild zu Bild

Mit dem Zeitalter der Entdeckungen kam auch bei der breiten Bevölkerung die Sehnsucht nach fremden Ländern auf. Dieses neuartige „Fernweh“ wurde im 19. Jahrhundert nicht nur durch Reiseliteratur gestillt, sondern auch durch „Zimmerreisen“, bei denen spezialisierte Reisemaler Landschafts- und Stadtansichten aus aller Welt präsentierten. Einer der besten und erfolgreichsten Vertreter seiner Zunft war Hubert Sattler, Sohn von Johann Michael Sattler, dem Maler des berühmten Rundgemäldes von Salzburg. Hubert Sattler tourte durch Europa, um seine „Kosmoramen“ vorzuführen. Diese zeigten neben Naturwundern wie den Niagarafällen auch die wachsenden Städte der Welt wie New York, Mexico Stadt oder Kairo. Auf seinen Reisen, die ihn bis zum Nordkap und in den Vorderen Orient führten, skizzierte er viel und kaufte Fotografien. Wieder zu Hause angekommen, dienten ihm die Bilder und Fotos als Vorlagen für eine Serie von großformatigen Gemälden. Erstmals seit langer Zeit ist eine umfassende Auswahl davon in Wien zu sehen. Eine Ausstellung in Kooperation mit dem Salzburg Museum. Infos unter: www.wienmuseum.at

Die Wiener Zeitung lädt interessierte AbonnentInnen zu einer Führung ein!

Termin: Mittwoch, 5. Juni 2013, 16.30 Uhr
Ort: Hermesvilla, Lainzer Tiergarten, 1130 Wien

Melden Sie sich bitte unter aboplus@wienerzeitung.at, www.wienerzeitung.at/abo/aboplus/ oder telefonisch unter 01/206 99-111 (Mo – Do 8 – 17 Uhr, Fr 8 – 15.30 Uhr) an. Begrenzte Teilnehmerzahl. Unter allen Einsendungen entscheidet das Los. Bitte nehmen Sie Ihre gültige ABO+ Vorteilskarte mit.

Barablöse nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Es gelten die AGB der Wiener Zeitung GmbH (www.wienerzeitung.at/agb).



Hubert Sattler, Ansicht der Hauptpromenade Paseo Isabel Segunda in Havanna, 1854 (Ausschnitt) © Salzburg Museum

